

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und für Außerordentliche die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Gesamtpreis: Anschlag Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Nebengebühren betragen für Anzeigen aus Aus und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, auswärts 30 Pfennige, auswärts 35 Pfennige, auswärts 40 Pfennige, auswärts 45 Pfennige, auswärts 50 Pfennige.

Telegramme: Erzgebirg Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 274

Mittwoch, den 23. November 1932

27. Jahrgang

Rückfragen anstelle der Antwort

Fragen Hitlers, die voraussichtlich heute beantwortet werden — Kein entscheidendes Ergebnis nach der zweiten Unterredung — Schacht und Cuno in Hitlers Umgebung

Hitlers Antwortschreiben

Berlin, 21. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, hat an den Staatssekretär Dr. Reichner ein Schreiben gerichtet, in welchem einige Rückfragen gestellt werden, deren Beantwortung im Laufe des morgigen Tages erfolgen wird.

Berlin, 21. Nov. Die Reichspressstelle der NSDAP teilt mit: Nach eingehender Aussprache mit führenden Männern der nationalsozialistischen Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens wurde heute, 20 Uhr, die Antwort Adolf Hitlers in Form eines Briefes an den Herrn Staatssekretär Reichner überreicht. Der Brief enthält eine Reihe von Fragen, die voraussichtlich im Laufe des morgigen Tages geklärt werden.

Nach der Ueberreichung des Hitlerbriefes

Berlin, 21. November. Der heutige Montag hat noch keine Entscheidung über die Frage gebracht, ob die kommende Reichsregierung durch Adolf Hitler gebildet wird. Diese Entscheidung wurde eigentlich auch nicht erwartet, da bereits im Laufe des Nachmittags in der Halle des „Kaiserhofes“, die heute das Hauptquartier der Journalisten war, der Eindruck vorherrschte, daß erst noch Fragen gestellt werden würden, die eine Antwort des Reichspräsidenten erforderlich machen. Allerdings hatte man erwartet, daß der Brief des nationalsozialistischen Führers bereits früher abgeschickt werden würde. Zunächst hieß es, er solle schon um 1 1/2 Uhr mittags kommen, dann sprach man von 3 1/2 Uhr und später von 7 Uhr. Schließlich erfolgte die Ueberreichung erst um 8 Uhr abends. Wie aus den Mitteilungen von beiden Seiten hervorgeht, ist der Brief nicht an den Reichspräsidenten, sondern an Staatssekretär Reichner adressiert. Das wird in politischen Kreisen nicht als ungewöhnlich, sondern als eine Form der Courtoisie aufgefaßt, durch die vermieden werden soll, daß dem Reichsoberhaupt direkt Fragen gestellt werden. Staatssekretär Reichner wird nun dem Reichspräsidenten am Dienstag vormittag Bericht halten, und darauf wird im Laufe des Tages, wie bereits berichtet, die Beantwortung der Fragen erfolgen. Das dürfte wahrscheinlich ebenfalls schriftlich geschehen.

Die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum, die am Sonntag stattgefunden haben, sind am Montag nicht fortgesetzt worden. Es stand vielmehr ausschließlich die Beantwortung des Briefes des Reichspräsidenten im Vordergrund. Nach Auffassung politischer Kreise ist auch kaum anzunehmen, daß die Besprechungen fortgesetzt werden, bevor Klarheit über die Fragen geschaffen worden ist, die in dem heutigen Brief Hitlers enthalten sind.

Die Besprechungen Adolf Hitlers

Berlin, 21. Nov. In den späteren Mittagsstunden ging es im Kaiserhof lebhaft zu. Nach dem Empfang beim Reichspräsidenten hatte Adolf Hitler zunächst längere Besprechungen mit einem Parteifreunden und es hieß, daß die Antwort an den Reichspräsidenten oder eine Mitteilung darüber für die Presse schon um 1.30 Uhr ausgegeben werden sollte. So schnell ist die nationalsozialistische Führung mit ihrer Entscheidung über offenbar nicht fertig geworden, denn alle Mitteilungen wurden plötzlich auf den späteren Nachmittag verschoben. Kein Stimmungsmäßig herrschte in politischen Kreisen in den Mittagsstunden die Annahme vor, daß die Antwort Hitlers negativ ausfallen würde, soweit sich das Ersuchen auf eine Mehrheitsbildung erstreckt. Man spricht auch von der Möglichkeit, daß Hitler die Führung einer Präsidialregierung verlangen wird, weist dabei aber darauf hin, daß die Ernennung eines Parteiführers zum Reichskanzler dem Gedanken eines Präsidialkabinetts widersprechen würde und deshalb kaum möglich sein dürfte. Es ist nur aber auch wieder möglich, daß Goering im Auftrag Hitlers erst noch die Parteiführer zusammenblitzt. Darüber sind aber sichere Nachrichten nicht zu erlangen, weil auf nationalsozialistischer Seite aber alle weiteren Absichten strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Sollte die Antwort Hitlers in der Tat ablehnend ausfallen, so wird, wie in politischen Kreisen verlautet, vom Reichspräsidenten aller Voraussicht nach erst noch ein weiterer Versuch gemacht werden, um alle parlamentarischen Möglichkeiten auszuschöpfen. Es wäre denkbar, daß auch ein Antrag an den Führer des Zentrums erginge. Allerdings ist man sich in politisch-parlamentarischen Kreisen darüber klar, daß ein solcher Versuch kaum

größere Aussichten haben würde, zumal die gestrigen Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten nicht gerade sehr hoffnungsvoll ausgegangen zu sein scheinen. Eine der dem Zentrum bedenklichsten Fragen dürfte z. B. allein schon das nationalsozialistische Währungsprogramm sein. Allen derartigen Plänen setzt das Zentrum die These entgegen, daß mit der Währung keinerlei Experimente gemacht werden dürfen. Ein Auftrag an die Zentrumsführung könnte angeht die Gesamtsituation schon recht schnell zu der Bestimmung führen, daß die parlamentarischen Mehrheitsmöglichkeiten erschöpft sind. Dann bliebe nach Auffassung politischer Kreise kein anderer Weg übrig, als erneut ein Präsidialkabinet zu ernennen. Man glaubt aber nicht, daß die endgültige Klärung schon sehr schnell kommen wird, weil sie nur mit aller Ruhe und Sorgfalt herbeigeführt werden soll. So überwiegt die Meinung, daß es bis zur Abjurg der Regierungskrise Ende der Woche werden kann. Sicher ist jedenfalls, daß ein geschäftsführendes Kabinet nicht mehr vor dem Reichstag treten soll, so daß die Krise bis zu seinem Zusammentritt endgültig gelöst sein muß.

Hitler berät mit Dr. Schacht

Berlin, 21. Nov. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der bereits in den Mittagsstunden über eine Stunde an den internen Beratungen der Nationalsozialisten teilgenommen hatte, erschien am Nachmittag gegen 17.15 Uhr im Hotel Kaiserhof und wurde sofort nach den Räumen geleitet, in denen Hitler mit seinen Parteifreunden in dauernden Verhandlungen steht. Nach etwa einer halben Stunde verließ Dr. Schacht, fast unbemerkt von der haren Menge, wieder das Hotel. — Die Verhandlungen nahmen ihren Fortgang und werden, wie gemeldet wird, wohl nicht vor 19.30 Uhr zum Abschluß kommen. — Auch in den Abendstunden hatte sich vor dem Hotel Kaiserhof eine beträchtliche Menschenmenge angesammelt.

Wenn Hitler ablehnt . . .

Wenn Hitler entweder ablehnen oder in den weiteren Verhandlungen eine parlamentarische Mehrheit nicht zustande bringen sollte, würde der Reichspräsident wahrscheinlich nochmals einen Auftrag zu einer parlamentarischen Mehrheitsbildung an den Führer der Zentrumspartei, Abgeordneten Raas, erteilen. Erst wenn auch dieser Versuch scheitert sein sollte, würde der Reichspräsident zum Gedanken des Präsidialkabinetts zurückkehren, wobei er aber nicht den Führer einer Partei zum Kanzler eines Präsidialkabinetts ernennen würde. Diese Frage ist heute in der Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler bereits geklärt worden.

Unterredung Hindenburg—Papen

Berlin, 21. Nov. Wie erst jetzt bekannt wird, hat am Sonntagvormittag zwischen dem Reichspräsidenten v. Hindenburg und dem Reichskanzler v. Papen eine längere Unterredung stattgefunden.

Entschlußfreiheit der DVP

Berlin, 22. Nov. Entgegen anderslautenden Behauptungen stellt die Nationalliberale Korrespondenz fest, daß die Deutsche Volkspartei in ihrer politischen Haltung völlig unabhängig dastehe und daß diese Selbständigkeit auch durch das letzte wahltechnische Abkommen nicht beeinträchtigt worden sei.

Hitlers Auftrag

Aus Berlin wird dem „Auer Tageblatt“ geschrieben:

Die amtliche Verlautbarung über den zweiten Empfang Hitlers bei Hindenburg enthält drei wichtige Feststellungen: 1. daß die NSDAP nur in einer von Hitler geführten Regierung mitarbeiten will, 2. daß der Reichspräsident Herrn Hitler ersuchte, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine Mehrheit finde, 3. daß diese Mehrheit arbeitsfähig sein und ein einheitliches Arbeitsprogramm haben müsse.

Hitler stand es frei, sich für die Uebernahme dieses Auftrages zu erklären oder nicht. Er hat sich einige Stunden Bedenkzeit aus. Damit waren aber die Grenzlinien für die Entwicklung schon abgesteckt, gleichgültig ob Hitler die „Feststellungen“ übernahm oder sie ablehnte:

1. Der Reichspräsident gab Hitler eine Chance. Er sollte zeigen, ob seine Kraft ausreicht, von Worten zu Taten überzugehen. Auf alle Fälle wird in Zukunft innerhalb und außerhalb der nationalsozialistischen Bewegung die Lebensart nicht mehr Raum finden, daß Hindenburg zwar einen Mann wie Hermann Müller zum Kanzler berufen habe, aber Hitler von der Machtlosigkeit der politischen Bewährung ausgeschlossen habe.

2. Es wird im neuen Reichstag keine schwarzbraune Koalition geben. Der Reichspräsident hat genau festgelegt, daß es sich um eine „Mehrheitsregierung“ handeln müsse, wenn Hitler die ihm zuzustehende Aufgabe übernehmen wollte. Bisher ist es noch nicht einmal sicher, ob das Zentrum und die Bayerische Volkspartei ohne weiteres dem Programm des nationalsozialistischen Führers zustimmen würden. Immerhin ist dort eine gewisse Bereitschaft vorhanden, die sich besonders auf den gewerkschaftlichen Flügel stützt. Diese drei Parteien haben gemeinsam noch nicht die Mehrheit des Reichstages. Wenn Hitler oder ein anderer Politiker diese Mehrheit schaffen will, bedarf er dazu entweder der Deutschnationalen Volkspartei oder der Deutschen Volkspartei. Noch besser wäre es für ihn, wenn es ihm gelingen würde, beide Parteien für eine gemeinsame Plattform zu gewinnen.

3. Eine schwarzbraune Mehrheit kommt auch in der verschleierte Form eines Präsidialkabinetts nicht in Frage. Es ist bekannt, daß Hitler gegenüber den maßgebenden Stellen die Ansicht vertreten hat, die Nationalsozialisten und das Zentrum seien ziffernmäßig eine so stattliche Macht, daß sie nach anderen Parteien nicht zu fragen brauchen. Hindenburg habe es nur nötig, Hitler zum Reichskanzler zu machen, dieser werde sich die entsprechenden Mitarbeiter heranziehen. Dann wolle er, Hitler, vor dem Reichstag treten und diesen vor die Frage stellen, ob er sich in seiner Mehrheit für die „Nazisten“ oder für die neue Regierung entscheiden wolle. Den Deutschnationalen und den anderen Parteien würde dann nichts anderes übrig bleiben, als sich für den schwarzbraunen Block zu erklären. Diese Rechnung ist, wie gesagt, zunächst gemacht. Wenn Hitler und Stegerwald die parlamentarische Lösung wollen



Staatssekretär Dr. Reichner unterstützt als Vertrauensmann des Reichspräsidenten die Verhandlungen mit den Parteiführern.



Hauptmann a. D. Goering spielt als Vertrauensmann Hitlers eine wesentliche Rolle bei den Verhandlungen der Nationalsozialisten mit den Führern der übrigen Parteien.